



Erklärung von Bern  
Dichiarazione di Berna  
Déclaration de Berne

Walter B Kielholz  
Verwaltungsratspräsident  
Credit Suisse  
Paradeplatz 8  
8070 Zürich

Zürich, den 17. April 2008  
Kontakt: Andreas Missbach

Telefon: +41 (0)44 277 70 07

e-mail: andreas.missbach@evb.ch

### **Fussballfiasko als Symptom fehlender Menschenrechtspolicy**

Sehr geehrter Herr Kielholz

Die Erklärung von Bern hat in den letzten Jahren immer wieder auf die Mitverantwortung der Credit Suisse für Menschenrechtsverletzungen, die durch ihre Finanzierungstätigkeit entstehen, hingewiesen. Der aktuelle Fall eines unverantwortlichen Umgangs mit den Arbeits- und Menschenrechten beim Einkauf von Fussbällen für die Firmen-PR (10 vor 10 vom 16.4.) nehmen wir zum Anlass, um unsere Forderung zu wiederholen. Um ihre Verantwortung für die Menschenrechte in Ihrem Kerngeschäft wahrzunehmen sollte die Credit Suisse:

- Ihre Menschenrechtsrisiken (Regionen, Kunden, kritische Geschäftsfelder) identifizieren.
- Kategorische Ausschlusskriterien formulieren.
- Detaillierte Abläufe für die Identifizierung von Menschenrechtsrisiken („due diligence“) entwickeln.
- Ein Vorgehen festlegen, wie Problemkunden angegangen werden können.
- MenschenrechtsexpertInnen und spezialisierte Nicht-Regierungsorganisationen konsultieren.
- Eine Menschenrechtsrichtlinie („policy“) mit eindeutigen Standards und Abläufen publizieren.
- Ein umfassendes und transparentes Managementsystem für die Anwendung dieser Richtlinien einrichten und umsetzen.

Erklärung von Bern  
Dienerstrasse 12, Postfach  
CH-8026 Zürich  
[www.evb.ch](http://www.evb.ch)  
Tel. +41 (0)44 277 70 00  
Fax +41 (0)44 277 70 01

Déclaration de Bern  
52, rue de Genève  
CH-1004 Lausanne  
[www.ladb.ch](http://www.ladb.ch)  
Tél. +41 (0)21 620 03 03  
Fax +41 (0)21 620 03 00

Dichiarazione di Berna  
Caseslla postale 1356  
CH-6501 Bellinzona  
[www.db-si.ch](http://www.db-si.ch)  
Tel. +41 (0)44 372 29 76  
Mobile 079 592 77 46

In ihrer Sustainability Policy betont die Credit Suisse, auch bei Beschaffungspartnern soziale Standards einzufordern. Bei der Produktion der fraglichen Fussbälle wurde dies offensichtlich nicht erfolgreich umgesetzt. Dadurch wurden Kinder ihrer Kindheit, ihrer Bildung und somit auch ihrer Zukunft beraubt. Deshalb fordert die EvB, dass die Credit Suisse die ILO-Projekte gegen Kinderarbeit unterstützt (IPEC: [www.ilo.org/ipecc/lang--en/index.htm](http://www.ilo.org/ipecc/lang--en/index.htm)). Wir stellen uns vor, dass ein Betrag im selben Umfang, wie die Kosten der PR-Fussbälle (rund 1 Million Franken) während 5 Jahren gesprochen werden sollte, denn Kinderarbeit kann nur durch kontinuierliche Arbeit eliminiert werden.

Stefan Indermühle, unser Experte für Arbeits- und Menschenrechte steht ihnen für Fragen zur verantwortlichen Einkaufspolitik und Sozialaudits sowie zu IPEC gerne zur Verfügung (ccc@evb.ch, 044 277 70 10)

Mit freundlichen Grüssen

Andreas Missbach  
Erklärung von Bern